

A stylized map of Europe composed of a grid of dots in various shades of gray, with several dots highlighted in red to represent specific countries or regions.

Frankreich, Deutschland und die gemeinsame europäische Verteidigungspolitik

Replik auf Jean-Pierre Maulny (März 2016)

DETLEF PUHL
Oktober 2016

- Neue Ideen für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik liegen auf dem Tisch. Deutschland und Frankreich legten im September in Bratislava ein Papier zur »Erneuerung der GSVP« vor. Schon im März hatte Jean-Pierre Maulny (IRIS) eine deutsch-französische Initiative zur Schaffung eines »echten Verteidigungsraums« in Europa nach dem Vorbild der Euro-Zone gefordert. Die notwendigen Debatten darüber fallen in eine Zeit multipler Integrationskrisen, in denen der Wesenskern der Europäischen Union in Frage steht.
- Wie die Erfahrungen bei der Organisation der Euro-Zone oder zum Beispiel des Schutzes der EU-Außengrenzen zeigen, wird es bei einer Erneuerung der Verteidigungspolitik nicht ohne eine klare und gute Neuordnung von Verantwortlichkeiten gehen. Dies ist ein zentrales demokratisches Thema, um das niemand herum kommt, der die europäische Verteidigungspolitik zu mehr machen will als einer gelegentlichen militärischen ad-hoc Kooperation.
- Auch praktische, konkrete Vorschläge zur Förderung europäischer Verteidigungspolitik wie die, die jetzt vorliegen, werden ohne Berücksichtigung der »Sinnfrage« nicht zum Ziel führen. Und militärische Fähigkeiten zusammenzulegen funktioniert so lange nicht, wie die Anforderungsprofile, etwa bei gemeinsamen Großprojekten, wegen verschiedener Einsatzoptionen zu unterschiedlich bleiben.
- Frankreich und Deutschland sind und bleiben die Motoren europäischer Integration, aber sie müssen z. B. gemeinsam politisch definieren, was ihre gemeinsamen Sicherheitsinteressen sind, worin die Rolle Europas in der internationalen Sicherheitspolitik bestehen soll, und wer für »Europa« in diesem Zusammenhang vor wem verantwortlich sein soll.

In seinem Beitrag über »Frankreich, Deutschland und die gemeinsame europäische Verteidigungspolitik« hat Jean-Pierre Maulny (IRIS) angeregt, dass Paris und Berlin nicht nur ihre Verteidigungspolitiken stärker miteinander verflechten, sondern die Initiative ergreifen sollten, einen »echten Verteidigungsraum« nach dem Vorbild der Euro-Zone zu errichten. Dazu hat er drei konkrete Schritte vorgeschlagen. Nun haben Deutschland und Frankreich gemeinsam ein Papier zur »Erneuerung der GSVP« vorgelegt, das den Weg »zu einer umfassenden, realistischen und glaubwürdigen Verteidigung in der EU« weisen soll. Eine Replik.

Angesichts der vielfältigen, grundlegenden, sich überlagernden Krisen der Europäischen Union (Euro-Krise, Flüchtlingskrise, Brexit, Renationalisierung bzw. wachsende politische Bedeutung nationalistischer, ja rassistischer Bewegungen) ist eine öffentliche Diskussion über gemeinsame europäische Verteidigungspolitik dringend und mutig. Sie rührt nämlich an den Wesenskern der europäischen Integration: Was ist die Europäische Union? Ein Rahmen für eine »immer engere Union«, wie es im Vertrag von Lissabon niedergeschrieben ist?

Und was für eine Union soll dies sein? Eine Politische Union ihrer Mitgliedstaaten, der auch eine weltpolitische Rolle im Konzert der Großmächte zukommt? Oder »nur« eine Wirtschafts- und Währungsunion, die aber kraft ihrer Wirtschaftsstärke zwangsläufig auch globaler Akteur ist? Oder gar nur ein großer Binnenmarkt, der ausschließlich zur Wohlstandsmehrung seiner Mitgliedstaaten dient? Einerseits prägen diese Fragen die Debatten über die europäische Integration seit Anbeginn. Und bisher konnten immer Methoden gefunden werden, unterschiedliche Ambitionen und Konzeptionen unter den Mitgliedstaaten der Union miteinander innerhalb der Union zu vereinbaren. Andererseits machen die Fortschritte der Union seit ihrer Gründung es aber zunehmend schwierig, wenn nicht gar unmöglich, jetzt notwendige Weichenstellungen weiterhin zu umschiffen. Die vor fast 25 Jahren geschaffenen Grundlagen für die »Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)«, deren Schaffung Deutschland und Frankreich maßgeblich vorangetrieben haben, befinden sich heute im Strudel dieses Zusammenflusses von Integrationskrisen.

Der Vorschlag, dass sich Frankreich und Deutschland jetzt auf Vorschläge für die Ausgestaltung eines »echten Verteidigungsraums« der EU konzentrieren sollten, um so

ihre sicherheitspolitischen, auch ihre militärischen Fähigkeiten zu stärken, ist sicher reizvoll. Freilich lässt bereits die Idee, die Euro-Zone könne dafür als Vorbild dienen, erahnen, welche komplexe Probleme dabei zu bewältigen sein werden.

Wie bei der Organisation der Euro-Zone geht es nämlich vornehmlich darum, zunächst Kompetenzen und Verantwortlichkeiten in diesem Gebiet neu, klar und gut zu ordnen. In demokratischen Gemeinwesen ist ein legitimer konstitutioneller und rechtlicher Rahmen für die Wahrnehmung solch grundlegender Verantwortung wie der Kontrolle des Zahlungsverkehrs (Euro), der Kontrolle des Territoriums (Schengen) und der Fähigkeit zur Verteidigung (Streitkräfte) unabdingbare Voraussetzung jeden politischen Handelns. Im Bereich der Euro-Zone wurde ein Großteil dieser Verantwortung auf die europäische Ebene, vor allem auf die EZB, verlagert – freilich nicht in gleichem Maße auf die gesamte EU und nicht in dem Maße, wie es für eine ordentliche gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik notwendig wäre; Forderungen nach einem europäischen Finanzminister oder einer europäischen Wirtschaftsregierung blieben unerfüllt. Sie stehen gerade angesichts der noch keineswegs bewältigten Finanzkrise weiter unberücksichtigt im Raum. Kein gutes Vorbild für einen gemeinsamen Verteidigungsraum.

Die Übertragung von Kompetenzen zum Schutz der EU-Außengrenzen im Rahmen des Schengen-Systems ist noch weniger klar geregelt. Es hat im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise versagt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dies indirekt in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« am 30.8.2016 zugegeben, wo sie zugab, dass auch Deutschland sich Regelungen verweigert habe, die zum besseren Schutz der EU-Außengrenzen Einschränkungen nationaler Souveränität bedeutet hätten. »So geht das aber nicht«, sagte sie wörtlich. Vielleicht führen ja die Beschlüsse zum Umbau der EU-Grenzschutzagentur »Frontex« zu einer Besserung. Aber sicher ist das keineswegs, denn die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, Kompetenzen in diesem Bereich tatsächlich an die Union abzugeben oder auch nur mit ihr zu teilen, muss sich erst noch erweisen. Das ist nicht verwunderlich, handelt es sich doch hier, wie im Fall der Währung (und mehr noch der Streitkräfte) um Kernbereiche nationaler Souveränität.

Und so gibt es auch weder in Frankreich, noch in Deutschland eine Bereitschaft der verantwortlichen Regierungen und Parlamente, Kompetenzen für einen »Verteidigungsraum« abzugeben; schon gar nicht »nach Brüssel«. Und wer wäre »Brüssel« in einem solchen Fall? Die Gemeinschaftsinstitutionen Parlament, Rat und Kommission? Das gibt der Vertrag von Lissabon nicht her, und das will auch niemand. Oder der Europäische Rat, der jetzt die Richtlinienkompetenz für die GASP/GSVP wahrnimmt, aber auf diesem Gebiet keiner Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegt? Das kann bei diesem so sensitiven Thema nicht die Lösung sein. Die Verantwortung für den Einsatz von Streitkräften ist nicht teilbar. Und der Europäische Rat hat kein Mandat für eine solche Verantwortung. Sie liegt weiterhin ausschließlich bei den Nationen, in Deutschland beim Parlament, in Frankreich beim Staatspräsidenten, der die Zustimmung des Parlaments bei einem längeren Einsatz nach vier Monaten im Nachhinein einholen muss. In den anderen Mitgliedstaaten ist ebenfalls eine Befassung des nationalen Parlaments in der einen oder anderen Form erforderlich.

Um dieses zentrale demokratische Thema kommt niemand herum, der die GSVP zu mehr machen will, als einem Verfahren, in dem ad hoc eine Kooperation zwischen nationalen Streitkräften vereinbart wird. Dies bedarf gründlicher gesellschaftlicher Debatte in unseren Mitgliedstaaten. Und niemand sollte so tun, als ob es eine Zauberformel gäbe, mit der dieses Thema umgangen werden könnte.

Das jetzt von Deutschland und Frankreich präsentierte Papier zu einer Erneuerung der GSVP ist sicher ein wichtiges Element in dieser Debatte. Es enthält auch einige nützliche Anregungen wie etwa eine stärkere Ausrichtung von Kapazitätsentwicklungen auf die nachhaltige Behebung von Ausrüstungsnoten der verschiedenen Ausbildungsmissionen oder eine Steigerung der Effektivität bei der sanitätsdienstlichen Unterstützung von GSVP-Einsätzen durch ein Europäisches Sanitätskommando, die Verbesserung strategischer Transportfähigkeiten oder die gemeinsame Nutzung von Satellitenbildern. Auch der Vorschlag, den Umfang gemeinsamer Finanzierung von militärischen GSVP-Missionen auszuweiten, ist interessant, wenn auch noch zu sehen bleibt, wie dies konkret aussehen soll. Aber vieles erschöpft sich auch in dem, doch eigentlich selbstverständlichen, gemeinsamen Bekenntnis, bereits vor Jahren gefasste Beschlüsse auch umzusetzen, bzw. bereits bestehende Einrichtungen

oder Strukturen (European Defence College, European Transport Command oder auch das Eurokorps), besser zu nutzen als bisher. Und auch der wiederholte Vorschlag, die EU-Battlegroups oder die Möglichkeiten des Lissabon-Vertrags zur »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit« zu nutzen bleibt solange wenig überzeugend, wie nicht deutlich wird, was, im Gegensatz zu früheren Jahren, diesmal für und nicht gegen deren Nutzung spricht.

Nein, ohne eine Neuordnung von Kompetenzen und Verfahren im Rahmen der EU bleibt die GSVP, was sie ist – gelegentliche Kooperation nationaler Streitkräfte, soweit es denn ein gemeinsames politisches Ziel gibt, bei dem ein solcher Einsatz zielführend ist. Es kann sein, dass nur dies gewollt ist, weil es den politisch Verantwortlichen völlig ausreicht oder weil sie alles andere viel zu kompliziert finden. In diesem Fall allerdings führt eine Debatte über eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik oder gar über eine »europäische Armee« ins Leere. Eine solche Neuordnung hat auch nur Sinn, wenn es eine wirklich europäische GASP/GSVP geben soll, die mehr ist als die gelegentliche Zusammenführung nationaler Außenpolitiken. Und eine solche Zusammenführung wiederum setzt voraus, dass unsere Nationen die EU als eine Politische Union verstehen und sie mit den dafür notwendigen Kompetenzen und Verfahren ausstatten wollen.

Es hilft nichts. Auch die vorgeschlagenen drei konkreten Schritte hin zu einem solchen »echten Verteidigungsraum« werden nicht ohne Berücksichtigung dieser grundsätzlichen »Sinnfrage« gegangen werden können.

1. Ja, die Erarbeitung einer Methodik, die die Erarbeitung gemeinsamer deutsch-französischer Vorschläge überhaupt erst ermöglicht, ist ein notwendiger erster Schritt. Bisherige Bemühungen im Rahmen des Deutsch-Französischen Sicherheits- und Verteidigungsrats oder in anderen Foren der ja seit langem sehr engen deutsch-französischen Zusammenarbeit haben offensichtlich nicht ausgereicht, um solche Vorschläge zu entwickeln und auch erfolgreich umzusetzen. Und selbst da, wo Vorschläge umgesetzt wurden, etwa zur Aufstellung der Deutsch-Französischen Brigade oder –im weiteren Rahmen-- der EU-Battlegroups, blieben sie folgenlos. Der von IRIS und SWP vorgeschlagene systematische Dialog zwischen Militärbehörden, Rüstungsbeschaffern und Industrie wäre sicher nützlich, aber nicht ausreichend. Eine vor einigen Jahren von beiden Verteidigungsministern ins Le-

ben gerufene »Impulsgruppe« aus Vertretern der strategischen Planer, Militärpolitiker und Rüstungsverantwortlichen, die der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet angesichts der Finanzkrise und den daraus erwachsenden Einschränkungen in den Haushalten neuen Schwung geben sollte, hat sehr schnell die Erkenntnis offenbart, daß Bemühungen etwa um eine gemeinsame, weil effizientere Rüstungsplanung und –beschaffung ins Leere laufen, wenn es keine gemeinsame politisch-strategische Planung gibt, keine gemeinsamen Analysen und Befunde der strategischen Herausforderungen und keine gemeinsam entwickelten Vorstellungen darüber, wie die Streitkräfte gemeinsam zur Antwort auf diese Herausforderungen eingesetzt werden sollen und können.

2. Auch die für den zweiten Schritt vorgeschlagene »Zusammenlegung aller deutschen und französischen Fähigkeiten, die für unsere beiderseitigen Sicherheitsinteressen relevant sind« ist sicher notwendig und zielführend. Die Aussichten für ihre Umsetzung werden aber an den Erfahrungen zu messen sein, die wir mit den letzten Großprojekten gemacht haben: Airbus A 400 M, Tiger, NH 90. Und diese Erfahrungen sind nicht gut. Entsprechend muss in einem ersten Unterschritt einmal systematisch aufgearbeitet werden, was alles schiefgelaufen ist – vom Projektmanagement über das Verhältnis zwischen Industrie und Regierung und die technischen Zulassungs- und Zertifizierungsverfahren bis hin zur politischen Bestimmung des Bedarfs und des Beschaffungsverfahrens. Diese Aufarbeitung muss gemeinsam geschehen und so die nationalen Anstrengungen in diesem Bereich ergänzen. In einem zweiten Unterschritt müssen Deutschland und Frankreich Unterschiede, ja Widersprüche in ihren rüstungspolitischen Ansätzen überprüfen. Die französische Position, dass die Rüstungsindustrie eine strategische Industrie sei, die nicht ausschließlich nach Weltmarktgesichtspunkten funktionieren könne, ist richtig. Das bedeutet zwangsläufig ein gewisses Ausmaß an staatlicher Einflussnahme, die ja auch Deutschland keineswegs fremd ist und Eingang in das jüngste Weißbuch der Bundesregierung gefunden hat. Muss es deshalb eine staatliche Industrie sein, wie es Frankreich lange Zeit praktiziert hat? Der französische Staat probiert längst verschiedene Modelle aus. Daraus sollten beide Seiten auch politisch lernen können. Die deutsche Position, dass die Bundeswehr in erster Linie Kunde der privaten Rüstungsindustrie sei und von deren Konkurrenz profitieren können müsse, ist grundsätzlich ebenfalls richtig. Aber das darf nicht be-

deuten, dass man sich bei der Beschaffung sensitiver Rüstungsgüter auf Angebote »off the shelf« verlässt, wie es zeitweise hieß, und dabei die strategische Bedeutung der Technologie-Entwicklung und der notwendigen Logistik vernachlässigt. Geschäftsinteressen der privaten internationalen Rüstungskonzerne können durchaus mit den strategischen Sicherheitsinteressen unserer Staaten kollidieren. Diese durchaus grundsätzlichen Auseinandersetzungen (»die Franzosen wollen nur ihre staatliche Rüstungsindustrie mit unserem Geld pöppeln« vs. »die deutsche Industrie hat nur den Weltmarkt im Auge, wo sie sich an die Amerikaner hängt«) müssen von ihrem Ideologie-Ballast befreit werden, dann wird auch effektive Kooperation möglich. Aber auch dieser zweite Schritt führt nicht viel weiter, wenn Frankreich und Deutschland sich nicht systematischer und konkreter darum bemühen, gemeinsam politisch zu definieren, was die »beiderseitigen Sicherheitsinteressen« sind, damit sie »gemeinsame Sicherheitsinteressen« werden.

3. Im dritten Schritt »die Zusammenlegung unserer militärischen Fähigkeiten noch weiter voranzutreiben« ist nur logisch und wird, im Gegensatz zu Frankreich, ja in Deutschland sogar von der Forderung begleitet, eine »europäische Armee« zu schaffen. Freilich rührt dies unmittelbar an die tatsächliche Verfügbarkeit kompatibler, kompatibel ausgerüsteter und ausgebildeter Streitkräfte, die nicht nur Eingang in die Streitkräfteplanung finden muss. Sie muss auch im Rahmen unserer konstitutionellen Regeln gewährleistet werden können. Das heißt wiederum, dass auch der Bedarf für diese Streitkräfte-Fähigkeiten und die Voraussetzungen für ihren Einsatz letztendlich gemeinsam festgelegt werden müssen, damit sie entsprechend kostengünstiger ausgerüstet und ausgebildet werden können. Es ist ja richtig, dass selbst militärisch so starke Länder wie Frankreich oder Großbritannien längst nicht mehr das gesamte Spektrum moderner Streitkräfte allein aufrechterhalten können. Aber dass, wie vorgeschlagen, »ein Land seine militärische Ausrüstung einem anderen Land für Auslandseinsätze zur Verfügung stellen kann«, ohne dass es sich um einen gemeinsamen Auslandseinsatz handelte, der auch gemeinsam zu verantworten wäre, ist eigentlich schlecht vorstellbar. Nein, auch hier gilt: Mehr Gemeinsamkeit ohne gemeinsame Politik, incl. gemeinsamer Verantwortung für Ziele und Mittel, wird nicht zu erreichen sein. Und sollte auch nicht angestrebt werden.



Ohne Zweifel, Frankreich und Deutschland sind und bleiben die Motoren politischer Integration in Europa. Großbritannien war dies nie. Und so liegen große Chancen und Verantwortung heute in Berlin und Paris, sich wirklich offensiv und öffentlich dafür einzusetzen, einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik neuen Schub zu geben – wenn sie es denn wollen. Jenseits von Rhetorik ist dies noch keineswegs deutlich. Der Schritt, den Berlin und Paris jetzt mit ihrem Papier gegangen sind, um neue Vorschläge anzuregen und einen Fahrplan für eine Beschlussfassung ins Spiel zu bringen, ist insofern ein gutes Zeichen, ein weiteres Versprechen. Dabei werden sie auch nicht alle Mitgliedstaaten mitnehmen wollen oder können. Aber sie müssen endlich die Klauseln des Vertrags von Lissabon zur »Ständigen Strukturellen Zusammenarbeit« (SSZ) anwenden wollen, was bisher nicht der Fall war. Vor allem aber müssen sie einige konkrete Vorschläge erarbeiten, wozu diese SSZ dienen soll.

Grundlage für solche Vorschläge könnte etwa die Frage sein, worin die »Rolle Europas« in der internationalen Sicherheitspolitik bestehen soll und kann. Wer soll sie spielen? Welches Verhältnis streben die Nationen der EU in diesen Fragen zur NATO und zu den USA an? Welches Verhältnis streben Frankreich und Deutschland in diesem Zusammenhang an? Soll wirklich ein »Plan zur Gewährleistung einer vollkommenen Konvergenz der deutschen und der französischen Außen- und Verteidigungspolitik erstellt werden«, wie vorgeschlagen wird? Dies würde bedingen, dass sich Berlin und Paris definitiv und eindeutig uneingeschränkt zur Errichtung einer Politischen Union bekennen und sichtbare Schritte dafür unternehmen.

So liegt in der Tat die große und dringende Herausforderung heute darin, das große Bild zu malen, obwohl das politische Umfeld derzeit nicht dafür zu sprechen scheint und die Regierungen dies auch mit ihrem Papier nicht wagen. In der politischen Diskussion ist dabei die Floskel von »mehr Europa« genau so leer, wie die Mahnung, nur ja »Schritt für Schritt« vorzugehen. Wer das große Bild nicht will, wird sich in den vielen herumliegenden Mosaikstückchen verlieren. Wer das große Bild will, wird wieder anfangen müssen, intensiv und langfristig mit anderen über neue Skizzen für das Gesamtbild nachzudenken. Das wird nicht über Nacht zu einem Ergebnis führen. Das gemeinsame Papier wird man zwar als nützlichen Schritt zur Beförderung der Diskussion betrachten können, aber

nicht mehr. Die gegenwärtigen Integrationskrisen freilich lassen uns keine andere Wahl. Franzosen und Deutsche müssen es wagen, auch wenn noch nicht alle mitmachen wollen. Der so erfolgreichen europäischen Integration wieder eine große Perspektive zu geben, sollte es uns wert sein. Wenn Verteidigung dazu gehören, erst recht, wenn Verteidigung diese Entwicklung mit vorantreiben soll, werden Frankreich und Deutschland nicht umhin können, gemeinsam konkrete mutige Schritte vorzuschlagen und auch selbst zu unternehmen, die über die Beschränkungen des derzeit gültigen hybriden EU-Systems in der Sicherheitspolitik wirklich hinausgehen.



Autor

Detlef Puhl ist sicherheitspolitischer Experte und früherer stellvertretender Direktor der DAS (Direction aux affaires stratégiques) beim französischen Verteidigungsministerium.

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung Paris | 41 bis, bd. de la Tour-Maubourg
75007 Paris | France

Tel. +33 1 45 55 09 96
www.fesparis.org

Kontakt:
fes@fesparis.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet. Seine Tätigkeit zielt darauf, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen.

Langjährige Veranstaltungsreihen sind die Deutsch-Französischen Strategiegespräche (»Cercle stratégique«) über aktuelle außen- und sicherheitspolitische Themen, Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen (»Cercle des Economistes«) und das Deutsch-Französische Gewerkschaftsforum

Weitere Publikationen der FES Paris finden Sie hier: <http://fesparis.org/publications.html>

FES-Perspektive

Frankreich, Deutschland und die gemeinsame europäische Verteidigungspolitik von **Jean-Pierre Maulny**

Frankreich und Deutschland verfolgen in ihrer Verteidigungspolitik durchaus dasselbe Ziel, ihre Beweggründe für die von ihnen vertretene Politik unterscheiden sich aber voneinander. Diese Differenzen spiegeln sich in ihren Entscheidungen hinsichtlich des Aufbaus einer europäischen Verteidigungspolitik wider. Eine Neubelebung der europäischen Verteidigungspolitik kann nur durch eine deutsch-französische Initiative zustande kommen.

Das Papier von Jean-Pierre Maulny, stellvertretender Direktor des IRIS, macht Vorschläge, wie aus französischer Sicht durch die Schaffung eines »Verteidigungs-Raums« nach dem Vorbild der »Euro-Zone« und einer Methodik, um gemeinsame Kapazitäten zu definieren, Fortschritte in der gemeinsamen Verteidigungspolitik gemacht werden können.

<http://library.fes.de/pdf-files/id/12391.pdf>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.